

Kenia: Abgeordneter bei Anti-Entführungs-Protesten festgenommen

Dutzende Demonstranten, darunter ein Oppositionsabgeordneter, wurden während landesweiter Proteste gegen angebliche Entführungen in Kenia festgenommen. Die Situation eskaliert, während die Forderungen nach Gerechtigkeit wachsen.

In Kenia haben Behörden bei landesweiten Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Demonstranten zahlreiche Protestierende festgenommen, während die Wut über eine Reihe vermeintlicher Entführungen von Regierungsgegnern zunimmt. Laut Menschenrechtsgruppen kam es zu gewaltsamen Konfrontationen in Nairobi und anderen Städten, die von der Sozialen Unruhe rund um die Vorwürfe befeuert wurden.

Forderungen nach einem Ende der Entführungen

Am Wochenende versprach der kenianische Präsident **William Ruto**, die Abduzierungen zu stoppen. Dies ist eine bemerkenswerte Kehrtwende, nachdem er die angeblichen Vorfälle zunächst als „Fake News“ abgetan hatte. Trotz seiner Versprechen kam es am Montag in Nairobi zu gewaltsamen Protesten, bei denen die Polizei Tränengas einsetzte, um die Menschenmenge zu zerstreuen. Laut der staatlich finanzierten Kenia National Commission on Human Rights (KNCHR) wurden an diesem Tag mindestens 53 unbewaffnete Demonstranten im gesamten Land festgenommen.

Proteste und Festnahmen

Zu den Festgenommenen zählten auch der Oppositionsabgeordnete Okiya Omtatah und der blinde Gospel-Sänger Reuben Kigame. Omtatah nahm an einem Sit-in-Protest in Nairobi teil und wurde gefilmt, wie er zusammen mit anderen Demonstranten Ketten und Plakate hielt. Eines der Plakate trug die Aufschrift: „Wenn Tyrannei das Gesetz wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Die Protestierenden sangen die Nationalhymne und riefen „Wir sind friedlich“ und „Wir haben die Verfassung gelesen.“ Videomaterial zeigt, wie die Polizei versuchte, das Sit-in aufzulösen, indem sie Tränengas in die Menge warf.

Vorwürfe von Misshandlungen

Die KNCHR verurteilte die willkürlichen Festnahmen und erklärte, dass die anfänglich friedlichen Demonstrationen „gewaltsam von der Polizei gestört wurden, die Terror auf die Demonstranten entfesselte.“ Die Menschenrechtsorganisation forderte die bedingungslose Freilassung der festgenommenen Protestierenden sowie der zuvor Entführten.

Reaktionen der Regierung und gerichtliche Maßnahmen

Trotz der Zusicherung Rutos, die Welle der angeblichen Entführungen zu stoppen, räumte er am Samstag keine Regierungsbeteiligung an den zahlreichen vermissten Personen ein. Auch warnte er Eltern, besser auf ihre Kinder aufzupassen.

Die Protestbewegung hat sich im ganzen Land ausgebreitet, mit insgesamt 24 Festnahmen in Nairobi, 13 in Mombasa und 16 in Eldoret. Berichten zufolge wurden mindestens vier Demonstranten im Polizeigewahrsam in Nairobi geschlagen und gefoltert. Amnesty International Kenya äußerte, dass die Polizei den Anwälten den Zutritt zu festgenommenen Demonstranten in Nairobi und Mombasa verwehrt habe, was gegen das kenianische Recht verstößt.

Aufruf zu rechtlichen Schritten

Die Präsidentin der Kenianischen Anwaltskammer, Faith Odhiambo, erklärte, dass das Obergericht Kenias einem Antrag stattgegeben habe, sechs der kürzlich Entführten, darunter Peter Muteti und Bernard Kavuli, bedingungslos freizulassen. Der Inspektor-General der Polizei wurde angewiesen, der gerichtlichen Anordnung sofort nachzukommen.

Die anhaltenden Proteste sind Teil der monatelangen Reaktion auf den umstrittenen Finanzgesetzesentwurf, der im Sommer für landesweite Unruhen sorgte. Angesichts der massiven Proteste, die mindestens 23 Todesopfer forderten, zog Ruto schließlich den von seiner Regierung vorgelegten Gesetzesentwurf zurück. Die Demonstranten glauben, dass die Entführungen direkt im Anschluss an die Proteste gegen diesen Finanzgesetzesentwurf zugenommen haben.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at